

„Wir müssen großräumiger planen“

Arbeitsgruppe Schienengüterverkehr informierte sich über Knotenstudie

Karlsruhe (BNN). Die Arbeitsgruppe Schienengüterverkehr des Regionalverbands informierte sich in ihrer jüngsten Sitzung, wie es um die Planungen zu Neu- und Ausbau für die Schieneninfrastruktur im Raum Mannheim-Karlsruhe steht. Dazu hatte sie zwei Vertreter von der DB Netz AG, einem Tochterunternehmen der Deutschen Bahn, zu Gast. Stefan Geweke und Tobias Bückle informierten insbesondere über den Stand der sogenannten Knotenstudie Mannheim, die im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums in Arbeit ist. „Diese Erkenntnisse werden die Diskussion über die Streckenverläufe Richtung Süden bestimmen“, meinte der Regionalverbandsvorsitzende, Landrat Christoph Schnaudigel.

Parallel dazu gibt es auch eine DB-interne Untersuchung, die den gesamten Raum Mannheim-Karlsruhe beleuchtet. Nach Gewekes Ausführungen sind schon erste Szenarien zur Bewertung von Maßnahmen in diesem Raum in Vorbereitung. Es liege bereits ein vorläufiges Ergebnis für die Kapazitätsuntersuchungen auf den Zulaufstrecken des Knotens Mannheim vor. Die Ergebnisse der Knotenuntersuchung des Bundes würden voraussichtlich bis Mitte 2018 erwartet. Deshalb könne das vorgesehene Beteiligungsforum in der Region Mittlerer Oberrhein voraussichtlich ab 2019 starten, denn die Untersuchung

zum Knoten Mannheim sei inhaltliche Grundlage und Voraussetzung für die Planung und Bürgerbeteiligung südlich davon.

Verzögerung wird nicht erwartet

Eine Verzögerung der Planungen durch die Havarie am Rastatter Tunnel sei nicht zu erwarten, so die Vertreter der Bahntochter auf Nachfrage aus der

Runde. „Der Schienenverkehrskollaps hat uns jedoch drastisch aufgezeigt, wie labil unser gegenwärtiges Schienennetz am Oberrhein ist. Wir müssen künftig großräumiger denken und planen. Der prüfende Blick dürfte auch über den Rhein gehen“, erklärte Verbandsdirektor Gerd Hager. Vor diesem Hintergrund seien zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen beim Rollmaterial und entlang bestehender Strecken erforderlich.

Die wichtigen Botschaften an Bahn und Bundespolitik hatte die Arbeitsgruppe bereits 2015 in ihrer Karlsruher Erklärung zum Güterverkehr verfasst. Im Juli dieses Jahres hat die Versammlung des Regionalverbandes Aktualisierungen dazu beschlossen. Kernpunkte dieser Fortschreibung waren die Forderungen nach einer breiten Beteiligung in Form eines Dialogforums und, falls dort politischer Entscheidungsbedarf erkannt werde, die Einsetzung eines Projektbeirats. Grundsätzlich müssten an und auf der Strecke die Interessen anderer Mobilitätsnutzer und -angebotsformen berücksichtigt werden: der ÖPNV, querende Straßen, die Bedienungsgüte der Güterumschlagpunkte in den wirtschaftlichen Zentren der Region und die Verknüpfung mit anderen Verkehrsformen.

Die Versammlung signalisierte gegenüber den Vertretern der Bahn ihre weitere Offenheit und Dialogbereitschaft.

Hintergrund

An der Arbeitsgruppe Schienengüterverkehr, die sich aus Anlass der Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans im Frühjahr 2015 zusammengefunden hat, beteiligen sich unter Federführung des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein der Verband Region Rhein-Neckar, die betroffenen Stadt- und Landkreise, Städte und Gemeinden, das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg sowie die Deutsche Bahn. BNN